

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Erfolgsmodell Städtebauförderung absichern!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Förderung im Bereich städtische und ländliche Entwicklung stärker zu verknüpfen, um sowohl gezielt Problemlagen angehen zu können als auch Maßnahmen der Daseinsvorsorge gemeindeübergreifend zu unterstützen.
2. im Haushaltsplan 2011 Kofinanzierungsmittel für sämtliche Programme der Städtebauförderung in Höhe der eingeplanten Bundesmittel zur Verfügung zu stellen.
3. alle Programme im Bereich Städtebauförderung auf Landesebene wie bisher zu bedienen und nicht infolge von Pauschalzuweisungen einzelne Programme zu vernachlässigen.
4. sich gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat dafür einzusetzen,
 - a. dass die vorgesehenen Kürzung der Städtebauförderung im Kabinettsentwurf der Bundesregierung zum Haushalt 2011 vollständig zurückgenommen wird.
 - b. dass die Beschlussempfehlung des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nicht ausreicht.
 - c. dass die bisherige relative Verteilung der Bundesmittel für die Städtebauförderung zwischen den Bundesländern erhalten bleibt.
 - d. dass das Programm Soziale Stadt mit der Förderung nicht-investiver Maßnahmen beibehalten wird.
 - e. die geplante Kürzung der Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zurückzunehmen und die Mittel auf jährlich mindestens 2 Milliarden Euro aufzustocken.
5. die Kommunen über das Jahr 2011 hinaus zu entlasten und ihnen weiterhin die Möglichkeit einzuräumen, ihre Koförderung des EFRE-Förderprogramms „Nachhaltige Stadtentwicklung“ durch Mittel der Städtebauförderung zu erbringen.
6. in die Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung 2011“ zwischen Bund und dem Land Brandenburg das Städtebauprogramm „Initiative ländliche Infrastruktur“ mit aufzunehmen und in Höhe der bereitgestellten Bundesmittel Landesmittel zur Verfügung zu stellen.
7. die geplanten Sparmaßnahmen bei der Kofinanzierung im Entwurf des Haushaltsplan 2011 von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) nicht auf Kosten des Schwerpunkts 3 „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ durchzuführen

8. sicherzustellen, dass die eingeplanten Gesamtmittel des Schwerpunkts 3 des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2007 bis 2013 in Höhe von 363 Millionen Euro erhalten bleiben.

Begründung:

Die Städtebauförderung war bisher ein sehr wichtiger Impulsgeber und Garant für eine nachhaltige Stadtentwicklung, darin sind sich sämtliche Experten einig. Mit den angekündigten Kürzungen der Bundesregierung befinden sich die erfolgreichen Förderprogramme, wie Stadtumbau Ost, Soziale Stadt und Städtebaulicher Denkmalschutz, bei denen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam finanzieren, in der Abwicklung. Das wird spürbar negative Auswirkungen auf die soziale, strukturelle und finanzielle Entwicklung unserer Kommunen haben.

Der Bund kürzt damit an der völlig falschen Stelle, denn die Städtebauförderung und auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm haben sich als effektives, vor allem lokales und regionales, Konjunkturprogramm mit hohen branchenübergreifenden Multiplikatoreffekten erwiesen. Die immensen wirtschaftlichen Impulse für Handwerk sowie kleine Unternehmen und die dadurch generierten Steuereinnahmen stellen die für die Programme aufzuwendenden Mittel deutlich in den Schatten. Die Förderung des Stadtumbaus ist ein Paradebeispiel für eine effiziente und effektive Verwendung öffentlicher Mittel.

Die Landesregierung liefert Bundesverkehrsminister Ramsauer mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf den Vorwand, die Kürzung der Bundesmittel für die Städtebauförderung mit Konsolidierungsentscheidungen in den Ländern als richtigen Schritt zu begründen. Wenn die Landesregierung in ihrem verbalen Protest gegen die Kürzungspläne glaubwürdig sein will, muss sie die Kofinanzierung für sämtliche Programme im Stadtumbau garantieren.

Neben der Abwendung der drastischen Kürzung sollte die angestoßene Debatte genutzt werden, um nach neuen Wegen in der Landesentwicklung zu suchen, wobei urbane und ländliche Räume gleichermaßen und auch gemeinsam betrachtet werden sollten. Rückbau beispielsweise ist nicht nur in großen und mittleren Städten ein allgegenwärtiges Thema, auch kleine Städte und ländliche Gegenden sind mit einem massiven Bevölkerungsrückgang und einer immer älter werdenden Gesellschaft konfrontiert. Deshalb plädieren wir dafür, die Förderkriterien an Problemlagen zu orientieren und nicht wie geplant auf Mittel- und Oberzentren zu konzentrieren. Denn letzteres würde bedeuten, dass ganze Regionen und mit ihnen die kleinen Städte in der Provinz von der Entwicklung der anderen Landesteile abgehängt werden.

Um auch weiterhin möglichst viele Kommunen in die Lage zu versetzen, die von der EU zur Verfügung gestellten ELER-Mittel abrufen zu können, sollte die bisherige Praxis, die kommunale Kofinanzierung mit Geldern aus dem Stadtumbau aufzubringen, über das Jahr 2011 hinaus aufrecht erhalten werden.